

TTIP wirft ihren Schatten

Der Schweiz droht heftige Diskriminierung

von Claudia Aebersold Szalay 31.5.2016

Einigen sich die EU und die USA auf die grösste Freihandelszone der Welt, geraten Schweizer Unternehmen unter Druck. Wieso bloss schaut die Schweizer Politik einfach weg?



Ein Demonstrationszug in Amsterdam gegen das TTIP. (Bild: Marten van Dijl / Keystone)

Praktisch vor der Haustüre der Schweiz entsteht möglicherweise ein gigantischer Freihandelsraum, auf den einst fast die Hälfte der globalen Wertschöpfung entfallen könnte. Sollten sich die EU und die USA bei ihren Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, TTIP, einig werden, würden die Karten im internationalen Handel ganz neu gemischt. Mit sehr wenigen Ausnahmen würden praktisch sämtliche Zölle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen wegfallen. Auch die gegenseitige Anerkennung von Regulierungen, eine Vereinheitlichung der Zulassungsanforderungen oder der gegenseitige Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen würden über Nacht Realität. Vielmehr noch: Die EU und die USA könnten mit TTIP gemeinsam Regeln schaffen, die das Zeug zum neuen Standard für den internationalen Handel hätten.

Die Schweizer Wirtschaft ist alarmiert, denn die Schweiz ist nicht an den Verhandlungen beteiligt. Sie droht ins Abseits zu geraten, wenn sich ihre beiden wichtigsten Handelspartner ohne sie zusammentun. Zwei Drittel der Schweizer Exporte gehen heute in das künftige «TTIP-Land». Erleichtern sich die EU und die USA künftig gegenseitig den Marktzugang, geraten Schweizer Unternehmen, die nicht in den Genuss dieses Privilegs kommen, ins Hintertreffen. Zwar haben sie aufgrund der bilateralen Verträge oder des Freihandelsabkommens mit der EU einen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt. Diesen privilegierten Zugang zur EU müssten sie sich künftig unter TTIP aber mit den USA teilen. Auf ihre Exporte in die USA müssten sie hingegen auch weiterhin Zölle entrichten. Sie wären auch in Zukunft den unzähligen bürokratischen Hürden ausgesetzt, die eine Ausfuhr nach Amerika mit sich bringt. Ganz im Unterschied zu ihren EU-Konkurrenten: Die Wettbewerber aus der EU wären durch TTIP von Zöllen und handelspolitischer Bürokratie befreit und dadurch im Vorteil. Sie könnten zudem Zulieferer aus der EU oder den USA bevorzugen, um die Ursprungsregeln (Regeln, die die «Staatszugehörigkeit» von Waren bestimmen, welche zu Zollpräferenzen führt) zu erfüllen. Dadurch hätten Schweizer Zulieferer das Nachsehen. Die Wettbewerbsposition von Schweizer Firmen stünde generell unter Druck, wenn sich der Handel wegen TTIP stärker auf die Achse USA–EU konzentrierte. Schweizer Konzerne, die heute im öffentlichen Beschaffungswesen der EU aktiv sind, gerieten zudem auch gegenüber der US-Konkurrenz ins Hintertreffen, die dann wohl einen noch privilegierteren Zugang zu EU-Ausschreibungen hätte.

Klarer Wettbewerbsnachteil

Die Wohlfahrtseffekte von TTIP auf die Schweiz sind derzeit nur schwer zu quantifizieren. Dies liegt einerseits an den ökonomischen Schätzmodellen, die stets anfällig auf Parameteränderungen und abhängig von Annahmen sind. Andererseits sind die Verhandlungen zwischen den USA und der EU auch noch in vollem Gange. Deshalb sind viele Details heute noch nicht bekannt, und ihre Auswirkung auf die Schweiz kann schlicht noch nicht

abgeschätzt werden. So ist die Bandbreite der in verschiedenen Studien geschätzten negativen Effekte einer TTIP ohne die Schweiz mit $-0,88\%$ bis $-3,8\%$ des Bruttoinlandproduktes pro Jahr sehr weit. Dasselbe gilt für den positiven Effekt, sollte die Schweiz etwa im Rahmen der Efta auf den Zug aufspringen (bis zu $+2,8\%$ pro Jahr). Losgelöst von der Unsicherheit, mit der diese Schätzungen zum heutigen Zeitpunkt noch behaftet sind, liegt es auf der Hand, dass ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden wichtigsten Handelspartnern einer kleinen und sehr offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz einen ganz erheblichen Einfluss auf deren Wohlfahrt haben wird.

Die möglichen Auswirkungen des Abkommens ohne Schweizer Beteiligung auf die einzelnen Branchen sind aber sehr unterschiedlich, wie etwa das World Trade Institute schätzt. Auch der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, Economiesuisse, hat in einer Umfrage unter seinen Mitgliedern eine mehr oder weniger starke Betroffenheit ausgemacht. In der Pharma- und Chemiebranche kann beispielsweise ein Grossteil der Exporte bereits zollfrei in die USA geliefert werden. Hingegen fallen auf Produkte der Maschinenindustrie oder der Uhrenbranche noch Zölle von bis zu 6% an. In der Nahrungsmittelbranche muss mit Zöllen von bis zu 7% gerechnet werden und in der Textilbranche gar mit solchen von bis zu 15% . Zollfreiheit zwischen der EU und den USA hätte einen umso grösseren diskriminierenden Effekt auf die einzelnen Branchen, je höher die Zölle dort heute sind. Vielmehr ins Gewicht fallen dürften aber ohnehin die unzähligen nichttarifären Handelshemmnisse, die den Exporteuren das Leben schwermachen. Vereinheitlichen die EU und die USA etwa ihre Produktzulassungsverfahren, birgt das ein hohes Diskriminierungspotenzial für Schweizer Unternehmen. Beispiele dafür wären eine Annäherung der Gesetzgebung etwa bei den Chemikalien, bei der Nahrungsmittelsicherheit oder eine gegenseitige Anerkennung entsprechender Prüfverfahren, Deklarationspflichten oder Etikettierungsvorschriften. Weichen die Schweizer Standards stark von jenen im TTIP-Standard ab und sollten die Handelspartner EU/USA Drittstaaten wie die Schweiz von diesen Vereinfachungen ausschliessen, käme dies die Schweizer Exportunternehmen teuer zu stehen. Doch nicht nur auf der Exportseite droht eine Zusatzbelastung für Schweizer Unternehmen. Auch bei den Importen könnten sie gegenüber EU-Firmen einen Wettbewerbsnachteil haben. Das gilt vor allem dann, wenn Letztere dank TTIP Rohstoffe und Vorleistungen aus den USA billiger beschaffen können.

Es ist zu ruhig in der Schweiz

Die Tragweite eines TTIP-Abkommens ohne die Schweiz ist für die Schweizer Wirtschaft gravierend. Deshalb verwundert es, dass das Freihandelsabkommen auf politischer Ebene und in der breiten Öffentlichkeit hierzulande bis jetzt noch kaum ein Thema zu sein scheint. Zwar steht die Schweiz auf technischer und politischer Ebene durchaus im Dialog mit den USA und der EU. Zudem pflegt sie auch im Rahmen der Efta den Austausch mit den beiden Verhandlungspartnern. Doch im Parlament und bei den Parteien machen sich bis anhin die wenigsten für eine Schweizer Beteiligung oder eine alternative Lösung, etwa ein Abkommen mit den USA, stark. Ob TTIP einst Drittstaaten offenstehen wird, ist derzeit noch unklar. Die USA betonen aber, TTIP sei grundsätzlich eine offene Plattform, der sich Drittstaaten anschliessen dürften.

TTIP ohne die Schweiz könnte zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Wirtschaft werden. Es besteht die Gefahr, dass dies auf politischer Ebene nicht genug und nicht früh genug wahrgenommen wird. Die Schweiz erwies sich einen Bärendienst, steckte sie den Kopf einfach in den Sand und hoffte sie darauf, dass die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA noch scheitern würden. Die Strategie, zuerst einmal den Abschluss der Verhandlungen abzuwarten, um eine bessere Visibilität zu erlangen, ist aber riskant. Dies gilt selbst dann, wenn ein «Andocken» ans Abkommen für Drittstaaten erlaubt wird, denn die Schweiz hat noch erheblichen innenpolitischen Reformbedarf, um einst überhaupt fähig zu sein, die TTIP-Spielregeln zu übernehmen. Dies gilt namentlich in der Landwirtschaft. Noch wäre es vermutlich nicht zu spät, die innenpolitischen Weichen so zu stellen, dass Reformen angepackt werden und ein Aufspringen auf den TTIP-Zug einst möglich wird. Bedauerlicherweise scheint sich bisher aber noch keine Partei dieses Ziel auf die Fahne geschrieben zu haben.

Was ist TTIP?

cae. · Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Das Abkommen umfasst 3 Bereiche mit insgesamt 24 Kapiteln. Der erste Bereich widmet sich dem vereinfachten Marktzugang, indem beispielsweise die Zölle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen gesenkt oder ganz abgeschafft werden; im zweiten verpflichten sich die beiden Partner zu regulatorischer Zusammenarbeit, so dass etwa Sicherheitsvorschriften harmonisiert werden; der dritte Teil definiert neue

Regelungen etwa zum Schutz des geistigen Eigentums oder für den Zugang zu Ressourcen. Von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studien gehen davon aus, dass TTIP den Handel und die Investitionen beflügeln und so zu einem Schub beim Bruttoinlandprodukt führen wird. TTIP-Gegner sehen im Abkommen hingegen einen Abbau von Demokratie, Konsumenten- und Umweltschutz.